

Änderungsantrag

der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Roland Claus, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Barbara Höll, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Michael Leutert, Ulla Lötzer, Dorothee Menzner, Dr. Herbert Schui, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/2300, 16/2302, 16/3109, 16/3123, 16/3124, 16/3125 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007
(Haushaltsgesetz 2007)**

**hier: Einzelplan 09
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Kapitel 09 02 wird der Titel 882 81 (Zuweisungen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen) wie im vergangenen Haushaltsjahr mit Mitteln in Höhe von 694 076 T Euro ausgestattet.

Berlin, den 20. November 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Die Förderung zielt insbesondere auf strukturschwache Gebiete und die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze in der Region. Im Mittelpunkt der Gemeinschaftsaufgaben-Förderung stehen kleine und mittlere Unternehmen. Vor dem Hintergrund eines Auseinanderlaufens der Konjunktur und Beschäftigungsentwicklung von Ost- und Westdeutschland sowie strukturschwacher Gebiete in Westdeutschland ist die geplante Kürzung der Mittel um 50 Mio. Euro nicht zu vertreten. Faktisch handelt es sich dabei um eine Kürzung von Fördermitteln in Höhe von 100 Mio. Euro, da die Länder hälftig an der Gemeinschaftsaufgabe (GA) beteiligt sind. Auch auf der Homepage des Bundeswirtschaftsministerium heißt es: „Die GA stellt eine geordnete Regionalförderung in Deutschland sicher. Sie leistet einen wichtigen Beitrag, um die regionale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, regionale Disparitäten abzu-

bauen und das gesamtwirtschaftliche Wachstum zu unterstützen. Sie gibt Menschen in strukturschwachen Regionen eine Perspektive.“ Auf der Wirtschaftsministerkonferenz am 13./14. Dezember 2005 haben sich alle Bundesländer gegen eine Kürzung der GA-Mittel durch den Bund ausgesprochen.